

FlüchtlingsRAT NRWe.V.

Newsletter **September 2022**

Liebe Leserinnen und Leser!

Mittlerweile ein halbes Jahr dauert der Krieg in der Ukraine nun an. Viele Menschen sind aus dem Land geflohen, um woanders Schutz zu suchen. Das Bundesministerium des Innern und für Heimat informierte am 23.08.2022 durch eine Pressemitteilung, dass mehr als 967.000 Menschen aus dem Krieg in der Ukraine nach Deutschland geflüchtet sind. 97 % davon haben einen ukrainischen Pass. Somit haben circa 3 %, rund 29.000 Schutzsuchende, keine ukrainische Staatsbürgerschaft und damit nicht „per se“ die Sicherheit des vorübergehenden Schutzes in Deutschland.

Am 30.08.2022 haben die Landesflüchtlingsräte und Pro Asyl in einer gemeinsamen Pressemitteilung auf dieses Problem aufmerksam gemacht und den Schutz und die Sicherheit aller aus der Ukraine geflüchteten Menschen gefordert. Bisher hätten Betroffene auf Grundlage einer Übergangsregelung bis zum 31.08.2022 ohne Visum und ohne einen Aufenthaltstitel in Deutschland leben können, dies ändere sich jedoch zum 01.09.2022, da Kriegsflüchtlinge ohne ukrainischen Pass, die sich zu diesem Zeitpunkt länger als 90 Tage in Deutschland aufgehalten und aufgrund geringer Erfolgsaussichten noch keine Aufenthaltserlaubnis beantragt haben, ausreisepflichtig würden und abgeschoben werden könnten.

Laut den Organisationen müssten alle Betroffenen zumindest eine Fiktionsbescheinigung erhalten, die ein Jahr gültig ist, damit sie in diesen zwölf Monaten die Chance haben, die Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis zu erfüllen. Das Bundesinnenministerium müsse dies mit allen zuständigen Landes- und Kommunalbehörden kommunizieren und eine bundeseinheitliche Lösung erarbeiten.

In dieser Ausgabe des Newsletters informieren wir über die Flutkatastrophe in Pakistan, berichten über die aktuelle Situation auf dem Mittelmeer und liefern aktuelle Zahlen von Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte aus dem zweiten Quartal 2022. Des Weiteren werfen wir einen Blick auf die Stadt Köln, welche Maßnahmen zur Sicherstellung des Kindeswohls bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen beschlossen hat und berichten über einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling, der bei einem Polizeieinsatz in Dortmund getötet wurde. Ferner erinnern wir an den Ehrenamtspreis 2022 und die offenen Stellenangebote beim Flüchtlingsrat NRW.

Wenn Ihr einen Artikel in diesem Newsletter kommentieren, kritisieren oder loben wollt, schreibt eine E-Mail an die Adresse newsletter@fnrw.de. Unter www.fnrw.de könnt Ihr Euch für den Newsletter an- oder abmelden.

Flutkatastrophe in Pakistan

Der Spiegel berichtete in einem [Artikel](#) vom 28.08.2022, dass seit Beginn der Monsunsaison in Pakistan im Juni nach Angaben des Katastrophenschutzamtes 1.033 Menschen durch Überschwemmungen ums Leben gekommen seien. Mehr als 33 Millionen Menschen seien von der Flutkatastrophe betroffen. Am 25.08.2022 habe Pakistans Regierung den Notstand ausgerufen und bäte um internationale Hilfe zur Bewältigung der Katastrophe.

Das Migazin schrieb in einem [Artikel](#) vom 30.08.2022, dass der Sprecher des UN-Büros zur Koordinierung humanitärer Hilfe, Jens Laerke, mitgeteilt habe, dass für den gemeinsam mit der pakistanischen Regierung verabschiedeten Hilfsplan 160 Millionen US-Dollar benötigt werden. Laut Laerke seien aufgrund der Überschwemmungen bislang 500.000 Personen vertrieben worden.

UN-Generalsekretär António Guterres veröffentlichte am gleichen Tag eine [Videobotschaft auf Twitter](#), in der er davon sprach, dass Millionen von Menschen ohne Obdach und Schulen sowie Gesundheitseinrichtungen zerstört worden seien. Die pakistanische Bevölkerung sei mit einem „Monsun auf Steroiden“ konfrontiert.

Der UNHCR rief die internationale Gemeinschaft in einem [Artikel](#) vom 30.08.2022 dazu auf, den Millionen Opfern rasch zu helfen. „Die internationale Gemeinschaft muss ihre Unterstützung verstärken und Pakistan bei der Bewältigung dieser Katastrophe helfen“, sagte Filippo Grandi, Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge.

Situation auf dem Mittelmeer

In einer Pressemitteilung vom 03.08.2022 warnten SOS Méditerranée, Ärzte ohne Grenzen und Sea-Watch vor „mehr Todesfällen im zentralen Mittelmeer in einem weiteren Sommer ohne staatliche Seenotrettung“ und mahnen erneut „die dringende Umsetzung eines staatlichen Such- und Rettungsprogramms“ an. Explizit fordern sie von den EU-Mitgliedsländern und assoziierten Staaten den „Einsatz einer angemessenen, staatlich geführten und proaktiven Flotte für die Seenotrettung und schnelle Antworten auf alle Notrufe sowie einen vorhersehbaren Mechanismus zur Ausschiffung von Überlebenden“.

“Während die europäischen Behörden nicht gewillt sind, ihrer Pflicht zur Seenotrettung nachzukommen, verzögern sie außerdem die Ausschiffung von durch NGOs geretteter Menschen. Dieses unnötige tagelange Warten zermürbt die Geretteten: Sie haben das Mittelmeer überlebt, doch anstatt sich in Sicherheit zu wissen, müssen sie tagelang vor den verschlossenen Toren Europas darauf warten, dass ihre Menschenrechte respektiert werden,” sagt Mattea Weihe, Sprecherin von Sea-Watch.

SOS Méditerranée meldete in mehreren Tweets vom 26.08.2022, dass sie mit ihrem Rettungsschiff „Ocean Viking“ mehr als 200 Menschen innerhalb einer Woche im Mittelmeer aus Seenot gerettet habe. Am 28.08.2022 twitterte die zivile Seenotrettungsorganisation, dass sich 466 Menschen auf der „Ocean Viking“ befänden. Einem Tweet vom 05.09.2022 ist zu entnehmen, dass das Schiff mit 459 Überlebenden am 04.09.2022 nach einer mehr als einwöchigen Wartezeit im Hafen von Tarent anlegen durfte. Sieben Überlebende seien bereits vorher aus medizinischen Gründen evakuiert worden.

Ärzte ohne Grenzen teilte am 06.09.2022 auf Twitter mit, dass ihr Schiff "Geo Barents" einen Hafen für 267 im Mittelmeer gerettete Flüchtlinge zugewiesen bekommen habe. Nach sieben Tagen des Wartens dürfe das Rettungsschiff ebenfalls den italienischen Hafen Tarent anlaufen.

Das Portal „evangelisch.de“ informierte am 07.09.2022 in einem Artikel, dass die Organisation "SOS Humanity" mit ihrem Schiff "Humanity 1" unter Beteiligung der Organisation Resqship mit dem Segelschiff „Nadir“ 111 Menschen vor der libyschen Küste aus einem in Seenot geratenen Schlauchboot gerettet hätte. Des Weiteren seien von der "Rise Above" der Dresdner Organisation "Mission Lifeline" Dutzende im Mittelmeer gerettete Flüchtlinge auf die deutlich größere "Sea-Eye 4" der gleichnamigen Organisation gewechselt. Zuvor hätte die "Sea-Eye 4" am 02.09.2022 bereits mehr als 70 Schutzsuchende an Bord genommen.

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

Die Tagesschau informierte am 27.08.2022 in einem Artikel über einen Anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Leipzig. Unbekannte hätten laut Landeskriminalamt mehrere Brandsätze auf das Gebäude geworfen und seien danach geflüchtet. Ein "punktuelles Feuer" habe von den Wachleuten schnell gelöscht werden können. Es sei niemand verletzt worden. Der Angriff habe sich am Ende einer Woche ereignet, in der vielfach an die rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen vor 30 Jahren erinnert wurde. Im August 1992 hatten Anwohner und Neonazis dort unter dem Applaus Tausender Menschen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende und ein Wohnheim für vietnamesische Arbeiterinnen angegriffen und teils in Brand gesetzt.

Einer Antwort der Bundesregierung (Drucksache: 20/3007) vom 02.08.2022 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ist unter anderem zu entnehmen, dass im zweiten Quartal 2022 mit Stand vom 21.07.2022 insgesamt 24 politisch motivierte Delikte registriert wurden, bei denen Flüchtlingsunterkünfte Tatort oder direktes Angriffsziel waren.

Dabei sind 13 dieser Vorfälle dem Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität rechts (PMK-rechts) zuzuschreiben. Zudem liegen der Bundesregierung laut ihrer Antwort für den gleichen Zeitraum Erkenntnisse zu 181 politisch motivierten Delikten vor, die sich gegen Flüchtlinge außerhalb von Asylunterkünften gerichtet haben und von denen 126 auf den Phänomenbereich PMK-rechts zurückgehen. Drei Übergriffe, von denen zwei auf den Bereich PMK-rechts entfallen, sind gegen Einrichtungen, die sich für die Belange von Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden einsetzen, erfasst worden. Zudem liegen Erkenntnisse zu zwei Straftaten gegen Ehrenamtliche/freiwillige Helferinnen vor, eine dieser Straftaten ist dem Phänomenbereich PMK-rechts zuzuordnen.

Vergleicht man diese Zahlen mit der Antwort der Bundesregierung (Drucksache 20/2008) vom 24.05.2022 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke für das erste Quartal 2022, wird deutlich, dass sich die Delikte im zweiten Quartal 2022 nicht vermindert haben.

Im ersten Quartal 2022 sind mit Stand vom 13.05.2022 insgesamt 15 politisch motivierte Delikte registriert wurden, bei denen Flüchtlingsunterkünfte Tatort oder direktes Angriffsziel waren. Hiervon wurden zwölf dem Phänomenbereich PMK-rechts zugeordnet. Der Bundesregierung liegen zudem Erkenntnisse zu 188 politisch motivierten Delikten im ersten Quartal 2022 vor, die sich gegen Flüchtlinge außerhalb von Asylunterkünften richten. Davon entfallen 171 Straftaten auf den Phänomenbereich der PMK-rechts. Im ersten Quartal 2022

waren es ebenfalls zwei Straftaten gegen Ehrenamtliche/freiwillige Helferinnen, die der Bundesregierung vorliegen. Beide sind dem Phänomenbereich PMK-rechts zuzuordnen.

Stadt Köln beschließt Maßnahmen zur Sicherstellung des Kindeswohls bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen

Der Integrationsrat der Stadt Köln hat am 16.08.2022 einen parteiübergreifenden Antrag zur Sicherstellung des Kindeswohls bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen der Ausländerbehörde beschlossen. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Köln hat den Antrag am 30.08.2022 einstimmig zugestimmt (Beschlussprotokoll). Der Antrag beinhaltet, dass die Verwaltung bis Ende des Jahres Richtlinien zur Ermittlung und Sicherstellung des Kindeswohls bei Entscheidung zu aufenthaltsbeendenden Maßnahmen erarbeiten soll.

Bei allen Maßnahmen, von denen Minderjährige betroffen sind, soll obligatorisch das Jugendamt mit seiner Fach- und Sachkenntnis hinzugezogen werden. Des Weiteren sollen Betroffene bei drohender Abschiebung zur Sicherstellung der Rechtmäßigkeit der Maßnahme und der Möglichkeit, selbst zur Wahrung ihrer Rechte beizutragen und einschlägige Sachverhalte vorzubringen, auf die Ausländerrechtliche Beratungskommission, die Härtefallkommission des Landes und die Beratungsstellen für Flüchtlinge verwiesen werden.

Unbegleiteter Minderjähriger Flüchtling bei Polizeieinsatz in Dortmund getötet

Das Redaktionsnetzwerk Deutschland informierte in einem Artikel vom 12.08.2022, dass die Polizei am 08.08.2022 bei einem Einsatz in Dortmund einen 16-Jährigen durch fünf Schüsse mit einer Maschinenpistole erschossen hat, nachdem er die Beamtinnen mit einem Messer bedroht haben soll. Bei dem Opfer habe es sich um einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling aus dem Senegal gehandelt. Der Jugendliche habe sich laut Staatsanwaltschaft kurz vor dem Polizeieinsatz wegen psychischer Probleme selbst in eine Psychiatrie begeben.

Anlässlich des Falls hat die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF) gemeinsam mit anderen Organisationen am 11.08.2022 eine Stellungnahme veröffentlicht, in welcher die unabhängige Aufarbeitung des Vorfalls durch ein Expertinnengremium sowie die Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungs- und niederschweligen Beschwerdestelle zu Polizeigewalt in Jugendhilfeeinrichtungen gefordert

wird. Zudem müssten Polizei und Ordnungsbehörden für die Situation psychisch belasteter Menschen, speziell der von Flüchtlingen, sensibilisiert werden. Ferner müsse geflüchteten Menschen Zugang zu adäquater psychosozialer Versorgung gewährt werden.

Das Migazin berichtete in einem Artikel vom 31.08.2022 von zwei weiteren Fällen innerhalb einer Woche, in der Menschen mit Migrationshintergrund durch Polizeigewalt starben. Am 02.08.2022 hätte das SEK Frankfurt einen 23-jährigen, aus Somalia stammenden Wohnungslosen durch einen gezielten Kopfschuss erschossen. Einen Tag später sei in Köln ein 48-jähriger Straßenmusiker mit Migrationshintergrund, der sich gegen die Zwangsräumung seiner Mietwohnung gewehrt hatte, bei einem Polizeieinsatz erschossen worden.

Erinnerung an den Ehrenamtspreis 2022

Der Ehrenamtspreis 2022 des Flüchtlingsrats NRW wird am 20.11.2022 von 15:30 bis 20:00 Uhr in der Zeche Carl in Essen verliehen. Mit dem Preis möchte der Flüchtlingsrat die beachtlichen Leistungen der Engagierten in der Flüchtlingsarbeit würdigen und dazu beitragen, dass ihre Arbeit die Wertschätzung erfährt, die sie verdient. Des Weiteren soll mit dem Preis besonders verdienstvollen Arbeiten und besonders vorbildhaften Strukturen landesweit zu einer größeren Bekanntheit verholfen und weitere Menschen ermuntert werden, sich für Flüchtlinge stark zu machen.

Offene Stellen beim Flüchtlingsrat NRW

Beim Flüchtlingsrat NRW sind weiterhin mehrere Stellen zu besetzen. Zum nächstmöglichen Zeitpunkt ist die Stelle eines/r Mitarbeiter/in für Verwaltung und Buchhaltung zu vergeben. Darüber hinaus wird eine/n Referent/in "Vernetzung Ehrenamt", ein/e Mitarbeiter/in Newsletter und ein/e Mitarbeiter/in Technik gesucht.

Termine

Seminar, 16.09.2022 – 18.09.2022: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.: "Europas autokratisierende Zwillinge? - Ungarn und Polen in der Europäischen Union", Freitag von 16:00 Uhr bis Sonntag um 16:00 Uhr in Münster. Weitere Informationen und Anmeldung [hier](#).

Online-Austausch, 21.09.2022: Runder Tisch NRW gegen Beschneidung von Mädchen: "Austausch mit Josefine Paul, Gleichstellungsministerin NRW", 15:00 – 16:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung [hier](#).

Fachtag, 21.09.2022: Landesjugendring NRW und die djoNRW: "Leave it all behind! – Rassismuskritische Jugendarbeit", 10:00 – 17:00 Uhr in Gelsenkirchen. Weitere Informationen [hier](#).

Gesprächsreihe, 26.09.2022: Politischer Salon Essen - EXILE-Kulturkoordination e. V.: "Für mich immer wieder NEIN – „Leben in der Duldung“", 20:00 Uhr in Essen. Weitere Informationen [hier](#).

Online-Seminar, 27.09.2022: Flüchtlingsrat NRW: "Traumasensibler Umgang mit Flüchtlingen", 17:30 – 20:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Austausch, 28.09.2022: Flüchtlingsrat NRW: "Zugang zur psychosozialen Versorgung in NRW", 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Mittwoch-Talk, 28.09.2022: Runder Tisch NRW gegen Beschneidung von Mädchen: "Nach der Wahl: Wie ist die Macht verteilt?", 17:00 – 19:00 Uhr. Zum [Anmeldeformular](#).

Online-Austausch, 13.10.2022: Flüchtlingsrat NRW: "Der Familiennachzug zu anerkannten Flüchtlingen", 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Kurzschulung, 18.10.2022: Flüchtlingsrat NRW: "Inhaltliche Argumentation gegen Vorurteile über Flüchtlinge", 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Seminar, 25.10.2022: Flüchtlingsrat NRW: "Argumentieren gegen Stammtischparolen", 17:00 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-AG, 27.10.2022: Flüchtlingsrat NRW: "Kommunale Unterbringung – Thema: Konzepte für die Notunterbringung", 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Fachtag, 03.11.2022: Unabhängige Beschwerde- und Informationsstelle Flucht - Transfernetzwerk Soziale Innovation - s_inn: "Geflüchtete stärken gegen Diskriminierung - Herausforderungen und Chancen für die Stadtentwicklung", 16:00 – 20:30 Uhr in Bochum. Anmeldung unter ubif@evh-bochum.de.

Seminar, 04.11.2022: Die Akademie der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V.: "Stabilisierungstechniken für die Arbeit mit geflüchteten Frauen – Der Körper weiß den Weg", 10:00 – 17:00 Uhr in Essen. Weitere Informationen und Anmeldung [hier](#).

Ehrenamtspreis, 20.11.2022: Flüchtlingsrat NRW. 15:30 – 20:00 Uhr in der Zeche Carl in Essen. Weitere Informationen auf [Flüchtlingsrat NRW](#).